

Demokratie schützen - Zivilgesellschaft stärken

Fünf Forderungen für eine starke Zivilgesellschaft

Die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD bieten die Gelegenheit, zentrale Maßnahmen zum Schutz der Demokratie und zur Stärkung der Zivilgesellschaft verbindlich zu verankern. Die Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“, die Amadeu Antonio Stiftung, Campact e.V. und die Gesellschaft für Freiheitsrechte fordern die künftige Bundesregierung auf, den Einsatz der Zivilgesellschaft aktiv zu unterstützen.

1. Programm „Demokratie leben!“ fortsetzen und ausbauen

Union und SPD müssen die Finanzierung des Programms für die anstehende Förderperiode aufstocken und den jährlichen Förderbetrag auf mindestens 364 Millionen Euro innerhalb von vier Jahren verdoppeln, um das Programm breiter auf kommunaler Ebene zu verankern. Wir erwarten eine Klarstellung, dass sich auch geförderte Projekte sachlich mit den inhaltlichen Positionen von Parteien auseinandersetzen dürfen. Das in der Abgabenordnung verankerte Verbot, Parteien zu fördern, ist davon unberührt.

2. Gesetzliche Grundlage für die Förderung von Demokratie-Arbeit schaffen

Die Koalitionäre müssen die Demokratieförderung des Bundes dauerhaft in Gesetzesform verankern. Wir fordern sie zudem auf, auch längerfristige Förderperioden (fünf bis zehn Jahre) sicherzustellen. Derzeit müssen Demokratieprojekte teils im Ein-Jahres-Turnus neu beantragt werden. Das schafft Verunsicherung und behindert die Planung von wichtigen, langfristig angelegten Projekten.

3. Gemeinnützigkeit schützen

Union und SPD müssen die Liste der gemeinnützigen Zwecke in der Abgabenordnung um einen tragfähigen Demokratieförderzweck und um die Förderung der Grund- und Menschenrechte erweitern. Zudem muss klargestellt werden, dass politische Betätigung zum eigenen Satzungszweck auch überwiegend oder ausschließlich möglich ist und dass sich gemeinnützige Organisationen auch außerhalb ihrer Satzungszwecke gelegentlich zu tagespolitischen Themen äußern können. Die aktuellen Rechtsunsicherheiten werden von rechtsextremen Akteuren wie der AfD genutzt, um Organisationen den gemeinnützigen Status zu entziehen. Viele Organisationen gehen deswegen in die Selbstzensur, um Risiken zu vermeiden. Wichtiges demokratisches Engagement wird so im Keim erstickt.

4. Desinformation bekämpfen, Medienkompetenz schulen

Die Koalitionäre müssen im Bildungsministerium ein mit fünf Millionen Euro ausgestattetes bundesweites Programm zur Förderung von Informations- und Medienkompetenz schaffen und es in enger Abstimmung mit den Ländern umsetzen – von der finanziellen Förderung für Bildungsprojekte

und -initiativen bis zur Einführung entsprechender Schulfächer. Auf die zunehmenden Fake News und Desinformations-Kampagnen im Netz braucht es eine wirksame Antwort.

5. Schutz von Engagierten

Union und SPD müssen einen Soforthilfefonds in Höhe von acht Millionen Euro für Opfer von rechtsextremer Gewalt und Hasskriminalität einrichten. Als Vorbild dient der Fonds zur Unterstützung von Betroffenen politisch-extremistischer Gewalt des Landes Berlin. Menschen, die sich für die Demokratie einsetzen, geraten zunehmend ins Visier rechtsextremer Akteure. Sie wirksam zu unterstützen, ist Aufgabe der Bundesregierung.